

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM WINTER 1963/64

Geringe Rentenerhöhung

Im August 1963 hatte der „Ministerrat“ der SBZ beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1964 an die Renten um durchschnittlich 10 vH zu erhöhen. Allerdings sollten dabei nicht pauschale Zuschläge gegeben werden, sondern die Zahl der Versicherungspflichtigen Beschäftigungsjahre mußte berücksichtigt werden. Damals war offiziell ein Aufwand von 550 Mill. DM für diese Aktion vorausgeschätzt worden. Im Abschnitt IX des Volkswirtschaftsplanes 1964 war die Rentenerhöhung zwar nicht mehr mit dem auf sie entfallenden Betrag festgehalten, aber als ein erwähnenswertes Teilgebiet des für 1964 auf insgesamt 10,8 Md. DM geplanten Ausgabevolumens der Sozialversicherung hervorgehoben worden.

Die Notwendigkeit dieser Maßnahme war seit längerer Zeit immer sichtbarer geworden. Das Jahr 1959 hatte die letzten Rentenerhöhungen gebracht. Der Abstand der Durchschnittsrenten zu den in der Bundesrepublik gezahlten nahm ständig zu und drohte, auch dem Ahnungslosesten die Augen zu öffnen. Bezogen auf die Zahl der im Rentenalter stehenden Personen, die in der SBZ wegen der ungünstigen Altersstruktur relativ höher ist als in der Bundesrepublik, wurden 1962 für die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung in der SBZ 1794 DM gegenüber 4670 DM in der Bundesrepublik aufgewendet. Die geringere Kaufkraft der DM-Ost macht diesen Unterschied realiter noch größer. Die durchschnittlichen Altersrenten lagen in der SBZ 1962 um 39 vH unter denen der Bundesrepublik.¹⁾

Das Beitragsaufkommen der Versicherten ist seit 1961 nicht mehr gestiegen. Im Jahre 1964 wird das Defizit der Sozialversicherung nicht nur wegen der Rentenerhöhung, sondern auch infolge der steigenden Zahl von Rentnern einen Zuschuß von etwa 3,5 Md. DM aus dem Staatshaushalt erforderlich machen. Es gäbe einen, nicht einmal unpopulären Weg, diesen Zuschuß zu vermeiden und die indirekte Subventionierung der Sozialversicherung durch eine direkte Finanzierung seitens der

Versicherten zu ersetzen. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt unverändert, obwohl alle Arbeitnehmer unabhängig von der Höhe ihres Einkommens versicherungspflichtig sind, bei 600 DM je Monat. Je höher das Einkommen der Funktionäre und Spezialisten ist, desto geringer wird die relative Belastung durch den Beitrag zur Sozialversicherung. Würden diese Gehälter durchgehend ohne jede Begrenzung nach oben in der Bemessung des Versicherungsbeitrages genauso behandelt werden wie die Arbeitseinkommen bis zu 600 DM, bei denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 10 vH als Beitrag aufzubringen haben, so ließe sich sicherlich ein beachtlicher Effekt erzielen. Wenn schon Versicherungspflicht für alle, dann doch zu gleichen Bedingungen, vor allem in Anbetracht der Bevorzugung der gut dotierten Gehaltsempfänger durch günstigere Lohnsteuersätze — verglichen mit denen in der Bundesrepublik — und durch die nur ihnen zugestandene zusätzliche Altersversorgung.

Während alle früheren Rentenerhöhungen mit großem Propagandaaufwand von der Tagespresse bis ins einzelne dargestellt worden sind, war über die Rentenaufbesserung vom Januar dieses Jahres so gut wie nichts zu lesen. Sicher aus gutem Grund; denn in vielen Fällen kam nur der Mindestbetrag von 5 DM je Monat als Erhöhung zum Zuge, und selbst bei den niedrigsten Renten wurde fast nie eine Steigerung um 10 vH erreicht. Es ist verständlich, daß die SED einen offenen Vergleich mit der Regelung der dynamischen Rente in der Bundesrepublik scheut.

Mit Sicherheit wäre sonst die einseitige Öffnung der Mauer in Berlin und damit die Anwesenheit von vielen Hunderttausenden aus Westberlin im Ostsektor in den Tagen um Weihnachten und Neujahr dazu ausgenutzt worden, die vermeintlichen Vorzüge der Rentenversorgung in der SBZ an Hand dieser Rentenerhöhung zu demonstrieren. Auf anderen Gebieten war man ja auch nicht zimperlich. Trotz der Energieknappheit waren in den Tagen des Besuches aus dem Westen die Hauptstraßen des Ostsektors in strahlende, völlig ungewohnte Helligkeit getaucht. Die Schaufenster waren besser gefüllt als sonst, und als besondere Weihnachtsüberraschung wurden den Einzelhandelsgeschäften Waren wie Zitronen und Linsen zum Verkauf zugewiesen.

Unterentwickelte Warenversorgung

So manche Hausfrau wird dabei an das 15jährige Bestehen der Staatlichen Handelsorganisation, der HO, die im November 1948 errichtet worden war, gedacht haben. Ende 1948 verfügte die HO über 48 Verkaufsstellen, die in den ersten sechs Wochen ihres Bestehens einen Umsatz von 99 Mill. DM er-

1) Wochenbericht der DJW, Berlin Nr. 35/1963.

reichten, im Grunde das Ergebnis eines schaurigen Geschäftes mit dem Elend; denn die Preise für Butter, Brot, Kaffee, Alkoholika, Tabakwaren und andere Raritäten lagen auch in den staatlichen HO-Geschäften auf der schwindelnden Höhe des Schwarzmarktes. Lediglich das Risiko, festgenommen zu werden, fiel weg, wenn man die Waren nicht vom privaten Schwarzhändler, sondern vom Staat kaufte.

Diesen „Schwarzmarktcharakter“ hat die HO bis heute noch nicht ganz verloren, nämlich hinsichtlich der Preise. Sie sind für eine Reihe Konsumgüter wegen des viel zu geringen Angebots noch immer viel zu hoch, und es gibt ja wohl keine unsozialere Lösung des Verteilungsproblems als eine Rationierung über den Preis. Ein 45-Liter-Kühlschrank zu 1000 DM, eine 51-cm-Fernsehtruhe zu 3500 DM, ein Nylonhemd zu 48 bis 50 DM, ein Paar Damenstrümpfe nahtlos zu 16 DM, eine Tafel Schokolade zu 4,80 DM, ein Pfund Kakaopulver zu 16 DM, ein Pfund Sahnequark (ganz selten) zu 3 DM und ein Pfund Bohnenkaffee zu 40 DM sind nur einige Beispiele aus dem Preissortiment der HO.

Im Volkswirtschaftsplan 1964 ist wohl für eine Reihe wichtiger industrieller Konsumgüter eine bessere Warenbereitstellung als im Vorjahr festgelegt, so für Kühlschränke 271 300 Stück, womit der Ausstattungsgrad mit Kühlschränken auf 19,6 Stück je 100 Haushalte steigen soll, ferner 262 600 Haushaltswaschmaschinen (Ausstattungsgrad = 20 Stück je 100 Haushalte) und 579 600 Fernsehgeräte (Ausstattungsgrad = 51 je 100 Haushalte). Auch bei den Nahrungsmitteln sollen größere Mengen zum Verkauf bereitgestellt werden (Zuwachs in vH gegenüber Plan 1963): Butter 2, Zigarren und Zigarillos 5, Fleisch und Wurstwaren 2, Frischgemüse 7, Wein und Sekt 7, Fisch und Fischwaren 9, Röstkaffee 12 und frische Südfrüchte 21. Was nutzen aber alle Pläne, wenn die Produktionsbetriebe sich nicht daran halten?

Die Produktionsbetriebe hatten zum 15. Dezember 1963 beträchtliche Planschulden, d. h. Lieferrückstände: VEB Treffmodelle Berlin 21 500 Mädchenwintermäntel, Bekleidungswerk Görlitz 16 000 Knabenwintermäntel und Hosen, Thüringer Bekleidungswerk Erfurt 15 000 Mädchenröcke und -kleider usw. Insgesamt stiegen die Lieferrückstände in der SBZ bei Kinderkleidung von 5,9 Mill. DM Lieferwert im Oktober und November auf 8,7 Mill. DM im Dezember.

Die dadurch verwirkten Vertragsstrafen sind viel zu gering, um Wirkung haben zu können. Trotz der Rückstände konnten die Betriebe Planerfüllung melden, weil sie einfach vorfristig andere Erzeugnisse oder auch ungeplante, zusätzlich produzierte Erzeugnisse herstellten. Gewinn und damit Prämien wa-

ren auf diese Art gesichert. Auf den Kunden kommt es in einem System ja nicht an, in dem ohnehin zu wenig produziert wird.

Das waren aber noch nicht alle Ursachen. Auch die Planung wies schwere Fehler auf. Anfang 1963 lagen beim Handel solche Bestände, daß er die Bestellungen an Kinderbekleidung um 10 vH der Jahresproduktion, gleich 1,5 Mill. Stück, verringerte. Die Verbraucher reagierten aber anders und steigerten die Nachfrage. Obwohl der Plan 1964 seit langem bestätigt ist, verlangte jetzt plötzlich der Handel, daß die Produktion an Kinderbekleidung nachträglich um 2 Mill. Stück zu erhöhen sei. Antwort der Industrie: Das sei Planung über den Daumen. Schlußfolgerung der Presse: Weder Handel noch Industrie verfügten über exakte Unterlagen, „die über den voraussichtlichen Gebrauch an Bekleidungserzeugnissen Aufschluß geben könnten“.

Unsere Betrachtung wird abgerundet durch eine Anordnung, die bisher erstmalig von der mitteldeutschen Verwaltung und der Leitung der Einheitsgewerkschaft gemeinsam der Bevölkerung der Zone kurz vor Weihnachten vorgelegt worden ist. Nach der „Verfügung über die Verwendung von Prämienmitteln“ bleiben die für das IV. Quartal 1963 errechneten Prämien, die in jedem Jahre eine erfreuliche Aufbesserung der vorweihnachtlichen Zahlungsfähigkeit bedeuteten, diesmal gesperrt, bis das Ergebnis für den Monat Januar vorliegt. Der Sinn, dieser Regelung besteht nicht nur in einer Verzögerung der Auszahlung. Nach aller Erfahrung muß damit gerechnet werden, daß bei einem zu starken Absinken der Produktion im Januar die Prämienberechnung korrigiert wird. Die Begründung für eine solche Maßnahme könnte das Argument liefern, daß im Unterschied zu allen Vorjahren der Plan 1964 bereits seit Oktober 1963 feststeht und die Betriebe ihre absinkende Januarleistung nicht mit dem Nichtbekanntsein der Produktionsauflagen begründen können.

Besonders aufschlußreich an dieser Verfügung ist die gleichverantwortliche Mitwirkung des FDGB. In einem totalitären Staat hat die Gewerkschaft immer nur die Interessen des Staates als Arbeitgeber zu vertreten. Der werktätigen Bevölkerung wird mit dialektischen Tricks weiszumachen versucht, daß dies auch für sie vorteilhaft sei. Zu den „Aufgaben der Gewerkschaften beim umfassenden Aufbau des Sozialismus“ äußerte sich *Warnke* vor dem 6. FDBG-Kongreß im gleichen Sinne. Es sei notwendig, sagte er, „eine differenzierte, leistungsabhängige und planbezogene (!) Entlohnung durchzusetzen, die die rasche Entwicklung der Produktivkräfte fördert“. Eine unmittelbare Beziehung zwischen der Planerfüllung und dem Arbeitslohn sei herzustellen. Der Grundsatz „Neue Technik — Neue Normen“ sei strikt zu ver-

wirklichen, Schichtprämien und leistungsabhängiger Zusatzurlaub seien auf die Nutzung der hochproduktiven Maschinen und Anlagen zu konzentrieren und die technisch begründeten Arbeitsnormen seien „konsequent aus den technischen Daten der Maschinen und Anlagen und den rationellsten Formen der Produktionsorganisation abzuleiten“.

Das Fazit seiner Betrachtungsweise geben folgende Sätze am besten wieder: „Während in der DDR ... die Teilnahme der Werktätigen an der Lösung der ökonomischen Aufgaben und an der Leitung der Produktion noch weit größere Möglichkeiten erhält, die sozialistische Demokratie weiter entwickelt wird, hören in Westdeutschland selbst die Reste der bürgerlichen Demokratie am Werktor auf.“ Erinnern wir uns daran, daß vor rund 15 Jahren in der SBZ die Betriebsräte aufgelöst und verboten worden sind!

Das ganze System übt Selbstkritik

Die Diskussion um die Schaffung ökonomisch echter Kosten-Preis-Relationen und exakte Bewertung der Anlagegüter ist in den Wintermonaten wesentlich stärker geworden. Dabei kann nicht nur dargestellt werden, was man erreichen möchte, sondern die vorhandenen Mängel und Unsinnigkeiten müssen deutlich beim Namen genannt werden. Das ganze System übt Selbstkritik.

Das Wachstum jeder Wirtschaft zieht seine Kraft aus den Investitionen, und die Produktionsfähigkeit hängt danach entscheidend von einer termin- und sortimentsgerechten Versorgung mit Produktionsstoffen ab. Ist das ausgewogene Verhältnis beider Faktoren zueinander gestört, so muß sich das Wachstum verlangsamen. Hierin liegt das Grundproblem auch der sogenannten *Liberman*-Diskussion. Der unvoreingenommene Betrachter muß erstaunt zur Kenntnis nehmen, mit welchen ökonomischen Grundfragen man in der Wirtschaft der SBZ noch immer nicht fertig geworden ist.

Der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen ist nach offizieller Darstellung der SED in der SBZ von 3,1 TH 1950 auf 12,5 vH 1962 gestiegen, während diese Quote sich in der Bundesrepublik auf 16 vH erhöht habe. Nicht nur die Quote selbst, sondern vor allem auch ihr Nutzeffekt sei zu steigern. „Investitionen im Wohnungsbau, im Handel oder im Gesundheitswesen haben auf das wirtschaftliche Wachstumstempo keinen direkten Einfluß“, weshalb vor allem Investitionen im Produktionsbereich durchzuführen seien. Statt dessen haben in der SBZ in den Jahren 1962/63 die Bestände an materiellen Umlaufmitteln insgesamt um fast 5 Md. DM = etwa 19 vH zugenommen, während das Nationaleinkommen sich um 4 vH erhöhte und der Anteil der Netto-Investitionen für

die produktiven Zweige an der Struktur der gesamten volkswirtschaftlichen Mittelverwendung statt bei 70 vH laut Plan nur bei 60 vH lag. «)

Trotz der ungeplanten und überhöhten Umlaufmittelbestände, die bei vielen Betrieben auch dadurch zunahm, daß die Produktionsmöglichkeit zu gering war, ist der Materialmangel für sehr viele volkseigene Betriebe eine alltägliche Sache. Das Fehlen von Maschinen und Geräten sowie von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen hat in diesem System, wo im Grundsatz kein Raum für ökonomische Anreize und Gewinnstreben ist, die Planungsbürokratie zu vertreten. Aber die Folgen dieser Situation müssen die Betriebe tragen, weshalb sie seit langem auf den Ausweg verfallen sind, mit Zeitungsannoncen nach diesen Mangelgütern zu fahnden.

In einer Ausgabe der *Wirtschaft*, Ostberlin, wurden kürzlich gesucht: Freie Kapazitäten für Gieß- und Dreharbeiten (Leichtmetall) von 300—700 mm Durchmesser, ferner für Rohrbiegearbeiten sowie zum Stoßen von Innennuten in Laufringe; eine Blechschrottpresse, eine Flachsleifmaschine zum Schleifen von Scherenmessern, eine Zackenschneidemaschine (Schnittlänge 800 mm), eine Freisandstrahlanlage, vollautomatische Rechenmaschinen, ein Transportband, eine Zugmaschine (36 PS), eine Kurbelafelschere, ein Motorgreifer, ein Hebezeug (3 t), zwei Dezimalwaagen, ein Elektrokarren, zwei Drehstromtriebemotore, Tafelblech, Nutzabfallmaterial von Leichtmetallrundstangen, eine Hinterachse für Lkw-Opel 3,6 Allradantrieb, Baujahr 1938, usw.

So wird versucht, das Versagen der Planwirtschaft durch die systemfremde Einrichtung eines Marktes über Inserate und Annoncen zu mildern.

Das Fehlen unmittelbarer Beziehungen zwischen Kosten, Preisen und Werten, aber auch zwischen Leistung und Risiko sowie zwischen Initiative und Verantwortung führt zu ständigen Störungen des Wirtschaftskreislaufs und zu Reibungsverlusten, die sich immer nur zu Lasten des allgemeinen Lebensstandards aufzufangen lassen und nur dann beseitigt oder doch zumindest in ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung stark eingeengt werden können, wenn man die ökonomischen Grundregeln beachtet. Die Notwendigkeit eines echten ökonomischen Anreizes wird von den meisten planwirtschaftlichen Selbstkritikern auch erkannt, ohne daß sie es wagen, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen.

Finanzminister *Rumpf* wies in seiner Etairede 1964 aus gutem Grund auf das für die Gewinn- und Verlustrechnung der VEB eingeführte Konto „Kosten für schlechte Leitungstätigkeit“ hin, auf das bis Ende Juli 1963 bei allen zentralgeleiteten VEB bereits

2) „Neues Deutschland“ vom 12. 12. 1963.

140 Mill. DM gebucht werden mußten. Es handelt sich dabei in erster Linie um Ausgaben für Vertragsstrafen, Wagenstandsgelder, außerplanmäßige Zinsen usw. Der sehr unterschiedliche Anteil der Verwaltungskosten an der Eigenleistung in der Betriebsrechnung der VVB — Bergmann-Borsig, Berlin = 374 DM je 1000 DM Eigenleistung, Turbinenfabrik Dresden = 350 DM und Maschinenfabrik Görlitz nur 343 DM sei nur in der Höhe der „Bestquote“ vertretbar, während die darüber hinausgehenden Beträge als Kosten für schlechte Leitungstätigkeit zu behandeln seien.

Kein Produktionsbereich ist von solchen Mängeln frei, auch nicht die Schwerpunktbereiche Maschinenbau und chemische Industrie, die die besondere Aufmerksamkeit der Wirtschaftsverwaltung genießen. „Ein Vergleich mit den bei der Projektierung und dem Bau kompletter Chemieanlagen in der Welt erreichten Ergebnissen läßt erkennen, daß wir noch erheblich im Rückstand sind“, stellte der stellvertretende Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates, Pasold, Anfang Januar dieses Jahres öffentlich fest. Weil die technische Aufgabenstellung der Investitionsträger „in vielen Fällen unzureichend“ sei, wäre es notwendig, „daß der Chefprojektant für das Projekt und für die projektierte Leistung verantwortlich gemacht wird. Seine Aufgabe ist erst dann erfüllt, wenn beim Anfahren der Anlage die projektierte Leistung erbracht wird.“ Es gäbe leider jedoch noch „keinen ausreichenden ökonomischen Anreiz, diese komplexe Aufgabe wahrzunehmen“.

Ein verantwortlicher Techniker wies darauf hin, daß zwar in der Meßgerätefabrikation die Entwicklung auf den internationalen Märkten genau beobachtet werde, aber: „Wir brauchen für die Zukunft ein höheres Entwicklungstempo. Wenn wir nicht genügend und schnell neue moderne Geräte herausbringen, liegen wir eines Tages auf der Nase.“

Die vom VEB Rohrleitungsbau Werdau für das Erdölkombinat Schwedt gelieferten Rohre, die dort vom VEB Montagewerk Leipzig eingebaut wurden, seien erst nach sechs Monaten beanstandet worden, obwohl die Rohre den technischen Ansprüchen nicht genügt hätten und zum Teil sogar Ausschuß gewesen seien. Inzwischen seien jedoch bereits 2 km Rohrleitung dieser Lieferung montiert und weitere 11 km geliefert worden.

Der Maschinenpark der mitteldeutschen Bauindustrie ist in den abgelaufenen zehn Jahren stark vergrößert worden. Er stieg von 1958 bis 1962 um das Zweieinhalbfache. Die Bauproduktion je 1000 DM produktive Anlagegüter (Baumaschinen) ist jedoch nach offiziellen Angaben um 60 vH gesunken. Großgeräte würden nur zu 40 bis 70 vH ausgenutzt und seien überwiegend nur einschichtig im Einsatz. „Es ist doch widersinnig, daß bei

besserer Mechanisierung die Kosten der Bauproduktion steigen.“

Prof. Scheel, Rostock, hob hervor, daß viele Betriebe als Schmierstoffbeauftragten einen Kollegen einsetzten, „der zu anderem Einsatz untauglich“ sei. „Das ist eine grobe Unterschätzung der Schmierstechnik“. In der Industrie der SBZ könnten jährlich mehrere Milliarden DM eingespart werden, wenn die unmittelbaren und mittelbaren Schäden wegen falscher Schmierung vermieden werden könnten.

Industrientwicklung im sowjetischen Interesse

Diese Beispiele aus dem Chor der allgemeinen Selbstkritik lassen sich beliebig vermehren. Sie fallen auch deshalb besonders auf, weil die Industrie Mitteldeutschlands trotz der Hemmungen des Systems in einer ganzen Reihe von Erzeugnissen ausgezeichnete technische Leistungen aufzuweisen hat. Dem privaten Verbraucher ist davon bisher jedoch nur sehr wenig zugute gekommen. Ständig wird beteuert, daß die VEB weltmarktfähige Konsumgüter produzieren wollen. Bisher ist diese Produktion, vor allem auf dem Gebiet elektrischer Geräte, durch Qualitätsmängel und zu hohe Kosten belastet, aber in Zukunft soll das besser werden. Die VVB Elektrogeräte will künftig, so berichtete kürzlich die *Wirtschaft*, Staubsauger, Schlagmühlen, Heißluftduschen, Trockenrasierer und Geschirrspülautomaten „in kurzer Zeit entwickeln und in die Produktion überleiten“. In der Bundesrepublik wird gerade in dieser Branche seit langem ein so reichhaltiges Sortiment angeboten, daß Pankow getrost seine Entwicklungskosten und Produktionskapazitäten auf diesem Gebiet einsparen könnte, wenn es geneigt wäre, solche Konsumgüter zu importieren und imstande wäre, sie auch zu bezahlen. Aber das scheint nicht möglich zu sein, obwohl nach der Sprachregelung der SED die SBZ zu den zehn ersten Industrieerzeugern der Welt gehören soll.

Es rächt sich jetzt bitter, daß bei dem Industriebau nach dem Kriege getreu dem sowjet-sozialistischen Entwicklungsdogma die Verbrauchsgüterindustrie in der SBZ eindeutig benachteiligt worden ist. Die sowjetische Besatzung hat den großen Fehler begangen, die russischen Verhältnisse auf Mitteldeutschland zu übertragen. Es wäre nicht nur wirtschaftlich sinnvoller, sondern auch politisch klüger gewesen, die mitteldeutschen Kapazitäten, Erfahrungen und Fähigkeiten, die auf diesem Produktionsgebiet vor der Teilung Deutschlands eine große Rolle spielten, weiter zu pflegen. Die „brüderliche Hilfe der Sowjetunion“ bestand jedoch darin, diese Industriezweige weitgehend verkümmern zu lassen.

Dies ist ein wesentliches Kennzeichen für die Methoden und Ziele des COMECON im Unterschied zum Marshallplan. Der Marshallplan knüpfte an die finanzielle Hilfe keine gegen die jeweiligen volkswirtschaftlichen Interessen gerichtete Bedingungen. Im COMECON ging und geht es zuerst immer um die Interessen der Sowjetunion. Nach der Methode „Haltet den Dieb“ versucht man im Ostblock, mit dem Gruselmärchen der Verklavung der westeuropäischen Länder durch

das amerikanische Monopolkapital, die schon fast koloniale Abhängigkeit der Volkdemokratien des Ostblocks von der Sowjetunion vergessen zu machen. In der „DDR“ ist dies ein Versuch am untauglichen Objekt; sie war trotz aller Kriegszerstörungen ein hochentwickeltes Industriegebiet. Jeder weiß, wie es sein könnte, wenn der Zone ein „eigener Weg zum Sozialismus“ gestattet worden wäre. Das wäre allerdings nie der Sozialismus *Stalins* gewesen.
Dr. Walter Meier